



Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksamt Hamburg-Mitte  
Bezirksversammlung

<b>Vorlage öffentlich</b>	<b>Drucksachen-Nr.: 21-1175</b>
Federführung: Fachamt Interner Service Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung	Datum: 28.05.2015

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum
Öffentlich	Ausschuss für Wohnen und Stadtteilentwicklung	04.06.2015

**Einrichtung von unterstützenden Strukturen für sprachliche Hürden für MigrantInnen und Flüchtlingen auf der Verwaltungsebene - Beiratsempfehlung 07/2015 vom 15.04.2015 - Wilhelmsburg**

**Sachverhalt:**

In der 39. Sitzung des Beirats für Stadtteilentwicklung Wilhelmsburg am 15.04.2015 hat sich das Gremium mit der unzureichenden Bereitstellung von Dolmetschern bei grundlegender Existenzsicherung und Integration von MigrantInnen und Flüchtlingen auseinandergesetzt. Die Vorgabe des Jobcenters ausschließlich eidesstattliche DolmetscherInnen einzusetzen um die sich die Betroffenen eigenständig kümmern müssen, ist ein unhaltbarer Zustand und behindert eine zumutbare und effiziente Bewältigung von Verwaltungsaufgaben und den Zugang zur Rechtslage und macht die Betroffenen damit handlungsunfähig.

**Petition/ Empfehlung**

Der Beirat empfiehlt, das Bezirksamt Hamburg-Mitte möge auf Grundlage einer Analyse und Erfassung der Bedarfslage zeitnah aktuelle und voraussichtliche Mittel und Personal zur Verfügung stellen und bereits vorhandene Kapazitäten gezielt fördern.

**Abstimmungsergebnis alle Anwesenden: Einstimmig bei 2 Enthaltungen**

**Abstimmungsergebnis Gremium Ja: 14 Nein: 0 Enthaltung: 2**

**Stellungnahme des Fachamtes Stadt- und Landschaftsplanung (SL):**

Das Fachamt SL hat die Situation recherchiert. Hiernach stellt sich der Sachverhalt wie folgt dar:

Die Zuständigkeit für den Einsatz von Dolmetschern für Migranten und Flüchtlinge liegt bei den Jobcentern selbst bzw. in deren Hamburger Zentrale. Daher empfiehlt das Fachamt SL, den Vorgang an das Jobcenter Teamarbeit (Geschäftsleitung) zu übersenden. Der Jobcenter wurde über die Situation bereits seitens SL dazu informiert.

Der Regionalausschuss Wilhelmsburg/Veddel erhält diese Information nachrichtlich zur Kenntnis.

Die Bezirksversammlung wird um Bekräftigung und um Weitergabe an das Jobcenter mit der Bitte um Prüfung gebeten.

**Petition/Beschluss:**

Um Beschlussfassung wird gebeten.